



# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

## Beschluss-Protokoll

der 3. Sitzung, Amtsjahr 2008-2009

Mittwoch, den 9. April 2008, um 09:00 und 15:00 Uhr

**Vorsitz:** *Roland Stark, Grossratspräsident*

**Protokoll:** *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*  
*Barbara Schüpbach-Guggenbühl, II. Ratssekretärin*

**Abwesende:**

9. April 2008, 09:00 Uhr *Claude François Beranek (LDP), Ugur Camlibel (Grünes Bündnis), Alexander Gröflin (SVP), Karin Haeberli (Grünes Bündnis), Lorenz Nägelin (SVP), Annemarie Pfeifer (EVP), Rolf von Aarburg (CVP), Christoph Wydler (EVP).*
9. April 2008, 15:00 Uhr *Andreas Albrecht (LDP), Hermann Amstad (SP), Claude François Beranek (LDP), Andreas Burckhardt (LDP), Felix Eymann (DSP), Lorenz Nägelin (SVP), Annemarie Pfeifer (EVP), Christoph Wydler (EVP).*

**Verhandlungsgegenstände:**

- |    |   |   |
|----|---|---|
| 1. | Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.  | 2 |
| 2. | Entgegennahme der neuen Geschäfte.  | 3 |
| 3. | Bericht der Begnadigungskommission zu zwei Begnadigungsgesuchen (Nr. 1677 und 1678).                  | 4 |
| 4. | Bestätigung von Bürgeraufnahmen.  | 5 |
| 5. | Wahl eines Mitglieds der Wahlvorbereitungskommission (Nachfolge Tommy E. Frey).                       | 5 |
| 6. | Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Isabel Koellreuter).               | 6 |
| 7. | Bericht und Vorschlag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl einer Ersatzrichterin am Strafgericht. | 6 |
| 8. | Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit der Initiative "Schutz vor Passivrauchen"                        | 6 |

9.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ratschlag Nr. 06.1706.01 betreffend die Änderung des Sozialhilfegesetzes, Bericht der Kommissionsminderheit, Mitbericht der Finanzkommission sowie Mitbericht der gemeinsamen Subkommission "Sozialkosten"	7
25.	Neue Interpellationen.	10
10.	Ausgabenbericht betreffend Subvention an den Verein Budget- und Schuldenberatung Basel für die Fachstelle Plusminus für die Jahre 2008 -2012.	12
11.	Ausgabenbericht betreffend Subvention an die beiden Vereine "Treffpunkt für Stellenlose Gundeli" und "Treffpunkt Glaibasel" für die Jahre 2008 - 2012.	13
12.	Wirtschaftsbericht 2007/2008.	13
13.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Peter Eichenberger und Konsorten betreffend Schaffung einer Wirtschaftszone in den Basler Rheinhäfen zur Förderung von Jungfirmen.	14
14.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Michael Martig und Konsorten betreffend "metrobasel": Weltspitze in "Life-Sciences" - Gefahr eines Klumpenrisikos?	14
15.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag Nr. 07.1895.01 betreffend Kredit für die Errichtung von neuen Normwarehallen für die BVB.	15
16.	Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag Nr. 05.1024.01 betreffend Teilrevision des Gesetzes über den Schutz von Personendaten (Datenschutzgesetz). Anpassung an Schengen/Dublin.	15
	Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)	17
	Anhang B: Neue Vorstösse	20

## 1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.

[09.04.08 09:07:00, MGT]

### Mitteilungen

*Roland Stark, Grossratspräsident:* ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

### Neues Ratsmitglied

Ich habe die Freude, **Ursula Metzger Junco** (SP) anstelle der zurückgetretenen Isabel Koellreuter als neues Mitglied in unserem Rat zu begrüssen und bitte die Angesprochene, sich kurz von ihrem Sitz zu erheben.

Ich wünsche Ursula Metzger für ihre verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse sie hier herzlich willkommen.

### Neue Interpellationen

Es sind 11 neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellationen Nr. 18-20, 22-23 und 25-28 werden mündlich beantwortet.

### Bildaufnahmen

Ich habe Telebasel gestattet, heute und nächsten Mittwoch Bildaufnahmen im Rat zu machen.

### Tagesordnung

Die Geschäfte 29, 30 und 31, die Budgetpostulate, haben wir mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss § 20 Abs. 2 der Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung (AB) in der Tagesordnung aufgeführt, weil die Frist von 21 Tagen zwischen der Zustellung und der Beratung nicht eingehalten werden konnte.

Der Rat wird der dringlichen Behandlung mit einem Zweidrittelmehr zustimmen müssen.

### Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die Geschäfte 29, 30 und 31 gemäss § 20 Abs. 2 AB dringlich zu behandeln.

Die Geschäfte 12, 13 und 14 werden gemeinsam behandelt. Der Regierungsrat hat gleichzeitig mit dem Wirtschaftsbericht zwei Anzüge zur Abschreibung beantragt. Entgegen der Markierung in der Tagesordnung hat die WAK die beiden Anzüge aber nicht beraten und stellt demzufolge auch keine Anträge.

### Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, **die Tagesordnung zu genehmigen.**

## 2. Entgegennahme der neuen Geschäfte.

[09.04.08 09:08:30, ENG]

### Zuweisungen

#### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang A) **zu genehmigen**.

### Kenntnisnahmen

#### Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Bericht der Begnadigungskommission über die Ablehnung eines Begnadigungsgesuches (Nr. 1676). (BegnKo)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Anita Lachenmeier-Thüring und Consorten betreffend Quartiersekretariat im St. Johann (stehen lassen). (ED, 05.8462.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Rolf Stürm und Consorten betreffend Sicherheit für Pharma-Probanden und Pharma-Forschung dank trinationalen Probanden-Register (stehen lassen). (GD, 06.5018.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Patrick Hafner betreffend Durchsetzung Lotteriegesetzgebung im Kanton Basel-Stadt. (SiD, 07.5361.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Dominique König-Lüdin betreffend Ergänzung des Trottoirs in der Gellertstrasse. (BD, 07.5364.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Dominique König-Lüdin zur Verlegung des Weihnachtsmarkts. (SiD, 07.5365.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Jörg Vitelli betreffend Tram- und Busspur auf dem Dorenbachviadukt. (SiD, 07.5362.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Alexander Gröflin betreffend Auslastung von Altersheimen, Pflegeabteilungen und Alterswohnungen. (GD, 07.5384.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Giovanni Orsini und Consorten betreffend medizinische Arbeitsplatzuntersuchung für schichtdienstleistendes Staatspersonal auf eventuelle gesundheitliche Folgen (stehen lassen). (GD, 95.8793.05)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Michael Wüthrich und Consorten betreffend Tempo 30 in der Hammerstrasse und dem Claragraben (stehen lassen). (SiD, 05.8483.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christian Egeler und Consorten betreffend kostenneutrale Umsetzung des Verursacherprinzips zur Abdeckung des Defizits in der Abfallrechnung (stehen lassen). (BD, 05.8345.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Jörg Vitelli betreffend Weiterverwendung der Trolleybusfahrleitungen. (WSD, 07.5363.02)
- Nachrücken von Ursula Metzger Junco P. als Mitglied des Grossen Rates (Nachfolge von Isabel Koellreuter). (08.5077.02)

**3. Bericht der Begnadigungskommission zu zwei Begnadigungsgesuchen (Nr. 1677 und 1678).**

[09.04.08 09:08:45, BegnKo, BEG]

Die Begnadigungskommission beantragt, das Gesuch Nr. 1677 abzuweisen.

Gemäss § 20 Abs. 2 des Gesetzes über Strafvollzug und Begnadigung ist für Beschlüsse über Begnadigungen die Teilnahme von 80 Mitgliedern des Grossen Rates an der Abstimmung notwendig.

Voten: *Doris Gysin, Präsidentin der Begnadigungskommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 90 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung, dem Antrag der Begnadigungskommission zuzustimmen und das Gesuch Nr. 1677 **abzuweisen**.

Die Begnadigungskommission beantragt, das Gesuch Nr. 1678 gutzuheissen.

Gemäss § 20 Abs. 2 des Gesetzes über Strafvollzug und Begnadigung ist für die Begnadigung die Teilnahme von 80 Mitgliedern des Grossen Rates an der Abstimmung notwendig sowie die Zustimmung einer Mehrheit des Rates, mindestens aber 50 Mitglieder.

Voten: *Doris Gysin, Präsidentin der Begnadigungskommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 68 zu 12 Stimmen bei 3 Enthaltungen, dem Antrag der Begnadigungskommission zuzustimmen und das Gesuch Nr. 1678 **gutzuheissen**.

**4. Bestätigung von Bürgeraufnahmen.**

[09.04.08 09:21:00, JD, 08.0214.01, EIN]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat mit Schreiben 08.0214.01 insgesamt 28 Aufnahmen ins Kantonsbürgerrecht (79 Personen), unter gleichzeitiger Bestätigung der Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Basel.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 12 Stimmen bei 2 Enthaltungen die beantragten Bürgeraufnahmen.

Die bestätigten Bürgeraufnahmen sind im Kantonsblatt Nr. 28 vom 12. April 2008 publiziert.
--

**5. Wahl eines Mitglieds der Wahlvorbereitungskommission (Nachfolge Tommy E. Frey).**

[09.04.08 09:21:58, 08.5078.01, WA1]

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig, die Wahlen in den Traktanden 5 - 7 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Die SVP-Fraktion nominiert Bruno Jagher (SVP) als Mitglied der Wahlvorbereitungskommission.

**Der Grosse Rat wählt**

einstimmig bei 2 Enthaltungen **Bruno Jagher** als Mitglied der Wahlvorbereitungskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**6. Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Isabel Koellreuter).**

[09.04.08 09:22:57, 08.5077.01, WAH]

Die SP-Fraktion nominiert Sibylle Benz Hübner (SP) als Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission.

**Der Grosse Rat wählt**

einstimmig **Sibylle Benz Hübner** als Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**7. Bericht und Vorschlag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl einer Ersatzrichterin am Strafgericht.**

[09.04.08 09:23:21, WVKo, 07.5391.02, BER]

Die Wahlvorbereitungskommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 07.5391.02 einzutreten und Frau Elisa Streuli als Ersatzrichterin am Strafgericht zu wählen.

Voten: *Stephan Maurer, Präsident der Wahlvorbereitungskommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig bei 1 Enthaltung:

Anstelle der zurückgetretenen Dr. Patrizia Schmid Cech wird als Ersatzrichterin am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2012 gewählt:

**Elisa Streuli**, geb. 1960, Falkensteinerstrasse 61, 4053 Basel.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 8. Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit der Initiative "Schutz vor Passivrauchen"

[09.04.08 09:27:06, JD, 07.1296.01, RZI]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Initiative "Schutz vor Passivrauchen" (07.1296) zu ergänzen und für **rechtlich zulässig** zu erklären.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

### Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig :

Die im Kantonsblatt vom 3. März 2007 mit Titel und Text veröffentlichte und inzwischen mit 4'347 Unterschriften zustande gekommene formulierte Initiative „Schutz vor Passivrauchen“ wird wie folgt geändert:

Der mit der Initiative „Schutz vor Passivrauchen“ begehrte § 34 Rauchverbot in Innenräumen des Gesetzes über das Gastgewerbe (Gastgewerbegesetz) vom 15. September 2004 wird um folgende Schlussbestimmung ergänzt:

*Schlussbestimmung zu § 34*

Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt der Wirksamkeit.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

### Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die mit 4'347 Unterschriften zustande gekommene Initiative „Schutz vor Passivrauchen“ für rechtlich zulässig zu erklären.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert 10 Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 9. Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ratschlag Nr. 06.1706.01 betreffend die Änderung des Sozialhilfegesetzes, Bericht der Kommissionsminderheit, Mitbericht der Finanzkommission sowie Mitbericht der gemeinsamen Subkommission "Sozialkosten"

[09.04.08 09:28:12, GSK / FKom, WSD, 06.1706.02, BER]

Eine Mehrheit der Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht einzutreten und der Teilrevision des Sozialhilfegesetzes zuzustimmen.

Die Minderheit der Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht **nicht einzutreten**.

Die Finanzkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht einzutreten und das Geschäft an den Regierungsrat **zurückzuweisen**.

Voten: *Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission*

*Felix W. Eymann (DSP):* beantragt Nichteintreten.

**Zwischenfrage**

von Beat Jans (SP).

*Baschi Dürr, Präsident der Finanzkommission:* beantragt Rückweisung an den Regierungsrat.

Voten: *RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD)*

**Fraktionsvoten**

Voten: *Urs Schweizer (FDP); Andreas Ungricht (SVP); Annemarie Pfister (Grünes Bündnis); Stephan Gassmann (CVP); Michael Martig (SP)*

**Zwischenfrage**

von Urs Schweizer (FDP).

Voten: *Conradin Cramer (LDP); Annemarie von Bidder (EVP)*

**Besuch auf der Zuschauertribüne**

*Roland Stark, Grossratspräsident:* Ich begrüsse auf der Tribüne eine Gruppe von kaufmännischen Lernenden der Branche Öffentliche Verwaltung des Kantons, welche im Pflicht-Modul Politisches Umfeld unter anderem den Grossen Rat besucht.

Ich freue mich über das Interesse der jungen Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung an unserem Parlament und wünsche Ihnen einen interessanten Tag.

Voten: *Marcel Rünzi (CVP)*

**Einzelvoten**

Voten: *Heiner Vischer (LDP); Christine Wirz-von Planta (LDP)*

**Zwischenfrage**

von Michael Martig (SP).

Voten: *Urs Müller-Walz (Grünes Bündnis)*

**Zwischenfrage**

von Andreas Ungricht (SVP).

Voten: *Jürg Meyer (SP); Beatrice Alder Finzen (Grünes Bündnis); Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis)*

**Schlussvoten**

Voten: *RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD); Baschi Dürr, Präsident der Finanzkommission; Felix W. Eymann (DSP); Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission*



**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 63 gegen 51 Stimmen, auf den Bericht **einzutreten**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 62 gegen 55 Stimmen bei 2 Enthaltungen, das Geschäft **nicht** an den Regierungsrat **zurückzuweisen**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress (*keine Bemerkungen*)

Römisch I: Änderung des Sozialhilfegesetzes (*keine Bemerkungen*)

Römisch II: Publikations- und Referendums Klausel (*keine Bemerkungen*)

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 60 gegen 53 Stimmen bei 3 Enthaltungen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

I.

Das Sozialhilfegesetz vom 26. Juni 2000 wird wie folgt geändert:

§25 wird aufgehoben

II.

Diese Teilrevision ist zu publizieren und untersteht dem Referendum. Sie wird nach Eintritt der Rechtskraft am 31. Dezember 2008 wirksam.

**Sitzungsunterbruch**

11:58 Uhr

---

**Wiederbeginn der Sitzung**

Mittwoch, 9. April 2008, 15:00 Uhr

**25. Neue Interpellationen.**

[09.04.08 15:04:13]

**Interpellation Nr. 18 Rolf Stürm: Was kostet die externe Überprüfung des Berichts "Zielerreichung per Ende 2007" des Wirtverbandes Basel-Stadt betreffend des "Verhaltenskodex für Restaurationsbetriebe zum Schutz nichtrauchender Gäste und Mitarbeiter"?**

[09.04.08 15:04:13, GD, 08.5089.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD); Rolf Stürm (FDP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 08.5089 ist **erledigt**.

**Interpellation Nr. 19 Marcel Rünzi betreffend Situation am Dreiländereck**

[09.04.08 15:10:30, WSD, 08.5094.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Marcel Rünzi (CVP); RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD); Marcel Rünzi (CVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 08.5094 ist **erledigt**.

**Interpellation Nr. 20 Gisela Traub betreffend Diskussion um die Zukunft des Kunstmuseums**

[09.04.08 15:20:05, ED, 08.5095.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Gisela Traub (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 08.5095 ist **erledigt**.

**Interpellation Nr. 21 Markus G. Ritter, wie weiter mit der Geothermie?**

[09.04.08 15:27:47, BD, 08.5097.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

**Interpellation Nr. 22 Sabine Suter betreffend Informationsfluss ED via E-Mail**

[09.04.08 15:27:58, ED, 08.5098.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Sabine Suter (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 08.5098 ist **erledigt**.

**Interpellation Nr. 23 Michael Martig betreffend Spitalfinanzierung nach der KVG-Revision**

[09.04.08 15:30:39, GD, 08.5099.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD); Michael Martig (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 08.5099 ist **erledigt**.

**Interpellation Nr. 24 Andreas Ungricht betreffend Überstunden von Basler Polizistinnen und Polizisten**

[09.04.08 15:38:08, SiD, 08.5100.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

**Interpellation Nr. 25 Patrizia Bernasconi der Villa Rosenau eine Chance geben!**

[09.04.08 15:38:20, BD, 08.5101.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD); Patrizia Bernasconi (Grünes Bündnis)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 08.5101 ist **erledigt**.

**Interpellation Nr. 26 Alexander Gröflin betreffend Alterssiedlungen und Pflegeheimen**

[09.04.08 15:45:17, GD, 08.5102.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD); Alexander Gröflin (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 08.5102 ist **erledigt**.

**Interpellation Nr. 27 Annemarie Pfister: Was verspricht man sich bei der Zusammenlegung von Literaturhaus und Literaturfestival?**

[09.04.08 15:50:54, ED, 08.5103.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Annemarie Pfister (Grünes Bündnis); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Annemarie Pfeifer (EVP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 08.5103 ist **erledigt**.

**Interpellation Nr. 28 Urs Müller-Walz betreffend einer Annerkennungsprämie für das Kantonspersonal!**

[09.04.08 15:55:23, FD, 08.5104.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Urs Müller-Walz (Grünes Bündnis); RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Urs Müller-Walz (Grünes Bündnis)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 08.5104 ist **erledigt**.

**10. Ausgabenbericht betreffend Subvention an den Verein Budget- und Schuldenberatung Basel für die Fachstelle Plusminus für die Jahre 2008 -2012.**

[09.04.08 16:04:31, GSK, WSD, 07.1151.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht 07.1151.01 einzutreten und einen jährlichen, nicht indexierten Beitrag von CHF 230'000 zu bewilligen.

Voten: *Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, dem Verein Budget- und Schuldenberatung für die Fachstelle Plusminus für die Jahre 2008 bis 2012 einen jährlichen Beitrag von CHF 230'000, nicht indexiert, auszurichten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**11. Ausgabenbericht betreffend Subvention an die beiden Vereine "Treffpunkt für Stellenlose Gundeli" und "Treffpunkt Glaibasel" für die Jahre 2008 - 2012.**

[09.04.08 16:08:17, GSK, WSD, 07.1151.02, ABE]

Der Regierungsrat und die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht 07.1151.02 einzutreten und an die beiden Vereine "Treffpunkt für Stellenlose Gundeli" und "Treffpunkt Glaibasel" Subventionen in der Höhe von insgesamt CHF 705'000 zu bewilligen.

Voten: *Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, den Vereinen "Treffpunkt für Stellenlose Gundeli" und "Treffpunkt Glaibasel" für die Jahre 2008 - 2012 ein Beitrag von jährlich je CHF 70'500 (zusammen CHF 141'000), nicht indexiert, auszurichten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**12. Wirtschaftsbericht 2007/2008.**

[09.04.08 16:09:48, WAK, WSD, 07.2100.01, BER]

**13. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Peter Eichenberger und Konsorten betreffend Schaffung einer Wirtschaftszone in den Basler Rheinhäfen zur Förderung von Jungfirmen.**

[09.04.08 16:09:48, WAK, WSD, 05.8210.03, SAA]

**14. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Michael Martig und Konsorten betreffend "metrobasel": Weltspitze in "Life-Sciences" - Gefahr eines Klumpenrisikos?**

[09.04.08 16:09:48, WAK, WSD, 06.5046.02, SAA]

Die Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 07.2100.01 einzutreten und den Wirtschaftsbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Voten: *Lukas Engelberger, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission; RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD)*

**Fraktionsvoten**

Voten: *Elisabeth Ackermann (Grünes Bündnis); Annemarie von Bidder (EVP); Beat Jans (SP); Christine Wirz-von Planta (LDP); Christophe Haller (FDP)*

**Schlussvoten**

Voten: *RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend:

Der Wirtschaftsbericht 2007/2008 wird zur Kenntnis genommen.

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug Peter Eichenberger und Konsorten betreffend Schaffung einer Wirtschaftszone in den Basler Rheinhäfen zur Förderung von Jungfirmen (05.8210) abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 05.8210 ist **erledigt**.

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug Michael Martig und Konsorten betreffend "metrobasel": Weltspitze in "Life-Sciences" - Gefahr eines Klumpenrisikos (06.5046) abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 06.5046 ist **erledigt**.

**15. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag Nr. 07.1895.01 betreffend Kredit für die Errichtung von neuen Normwarteallen für die BVB.**

[09.04.08 16:50:32, UVEK, WSD, 07.1895.02, BER]

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 07.1895.02 einzutreten und für die Errichtung von neuen Normwarteallen für die BVB einen Rahmenkredit von CHF 3'000'000 zu bewilligen.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Errichtung von neuen Normwarteallen für die BVB wird für die Jahre 2008 bis 2012 ein Rahmenkredit von CHF 3'000'000 zu Lasten des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (Position 503.100, SAP 801.8210.27319, Investitionsbereich 2 „Öffentlicher Verkehr“) genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

**16. Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag Nr. 05.1024.01 betreffend Teilrevision des Gesetzes über den Schutz von Personendaten (Datenschutzgesetz). Anpassung an Schengen/Dublin.**

[09.04.08 16:57:20, JSSK, JD, 05.1024.02, BER]

Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 05.1024.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Der Regierungsrat hält seine Anträge, ausser bei den redaktionellen Anpassungen, aufrecht.

Voten: *Ernst Jost, Präsident der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission; Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Justizdepartementes (JD)*

**Fraktionsvoten**

Voten: *Toni Casagrande (SVP); Hans Rudolf Lüthi (DSP); Brigitta Gerber (Grünes Bündnis); Stephan Gassmann (CVP); Anita Heer (SP); Conradin Cramer (LDP); Helmut Hersberger (FDP)*

**Einzelvoten**

Voten: *Jan Goepfert (SP); Urs Müller-Walz (Grünes Bündnis)*

**Sitzungsunterbruch**

17:55 Uhr

Fortsetzung der Beratungen am 16. April 2008, 09:00 Uhr

**Schriftliche Anfragen**

Es sind folgende Schriftlichen Anfragen eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Andreas Ungricht betreffend Pausenplatz des Voltaschulhauses (08.5092).
- Schriftliche Anfrage Heiner Vischer betreffend Sicherheit der Fussgänger in der Unterführung Schützengraben (08.5118).
- Schriftliche Anfrage Heiner Vischer betreffend Veloverkehr in der Spalen-Vorstadt (08.5119).

Die Schriftlichen Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

Schluss der Sitzung: 17:55 Uhr

Basel, 10. April 2008

Roland Stark  
Grossratspräsident

Thomas Dähler  
I. Ratssekretär



## Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)

<b>Direkt auf die Tagesordnung kommen</b>		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag 07.1895.01 betreffend Kredit für die Einrichtung von neuen Normwartehallen für die BVB.	<b>UVEK</b>	WSD	07.1895.02
2.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P245 "Zu Gunsten Wiederinbetriebnahme der Haltestelle BLT Bus 37".	<b>PetKo</b>		07.5331.02
3.	Bericht und Vorschlag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl einer Ersatzrichterin am Strafgericht.	<b>WvKo</b>		07.5391.02
4.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission (Kommissionsmehrheit) zum Ratschlag Nr. 06.1706.01 des Regierungsrates betreffend die Änderung des Sozialhilfegesetzes vom 29. Juni 2000 (SG 890.100), Bericht der Kommissionsminderheit, Mitbericht der Finanzkommission sowie Mitbericht der gemeinsamen Subkommission "Sozialkosten" von Finanz- und Gesundheits- und Sozialkommission.	<b>GSK/ FKom</b>	WSD	06.1706.02
5.	Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag Nr. 05.1024.01 betreffend Teilrevision des Gesetzes über den Schutz von Personendaten (Datenschutzgesetz). Anpassung an Schengen/Dublin.	<b>JSSK</b>	JD	05.1024.02
6.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag Nr. 05.0865.01 betreffend Finanzierung des Vorhabens Innenstadt – Qualität im Zentrum zur Erarbeitung eines Entwicklungskonzepts und des Vorhabens aus dem Aktionsprogramm Stadtentwicklung Neues Verkehrsregime Innenstadt zur Umsetzung sowie Bericht des Regierungsrates zu fünf Anzügen.	<b>UVEK</b>	BD	05.0865.02 02.7084.03 04.8022.02 04.8027.02 05.8350.02 05.8405.02
7.	Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission zu einer Teilrevision des Finanzkontrollgesetzes (FKG) sowie Bericht zu einem Anzug.	<b>GPK</b>		07.5273.02
8.	Kreditübertragungen von 2007 auf 2008.	<b>FKom</b>	FD	08.0272.01
9.	Stellungnahme des Regierungsrates zum Motion Beat Jans und Konsorten betreffend verbindlicher Einführung des Minergie-P-Standards für sämtliche Neubauten.		BD	07.5295.02
10.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Anita Lachenmeier-Thüring und Konsorten betreffend Grünflächenanteil pro Quartier.		BD	06.5044.02
11.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Anita Lachenmeier-Thüring und Konsorten betreffend Einführung von Schwerpunkt-Klassen an der OS.		ED	00.6641.04
12.	Schreiben des Regierungsrates zum Budgetpostulat Beat Jans betreffend Dienststelle Nr. 651 / Hochbau- und Planungsamt.		BD	07.5373.02
13.	Schreiben des Regierungsrates zum Budgetpostulat Martina Saner betreffend Dienststelle Nr. 702 / Abteilung Gesundheitsdienste / Ausgleich der wegfallenden Beiträge von Basel-Landschaft zu Gunsten der SRB.		GD	07.5367.02
14.	Schreiben des Regierungsrates zum Budgetpostulat Doris Gysin betreffend Dienststelle 3070 / JD Subventionen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit.		JD	07.5372.02
15.	Schreiben des Regierungsrates zur kantonalen Initiative "Für ein ausreichendes Berufsbildungsangebot (Lehrstelleninitiative)" – <i>weiteres Vorgehen nach beschlossener rechtlicher Zulässigkeit</i>		ED	07.1399.02
<b>Überweisung an Kommissionen</b>				
16.	Petition P249 betreffend "Fussgängerübergang am Morgartenring".	<b>PetKo</b>		08.5075.01
17.	Petition P250 "Für die Beibehaltung der Koloniekisten im Sportamt".	<b>PetKo</b>		08.5081.01
18.	Petition P251 betreffend Tempo 30 in der Rauracherstrasse in Riehen.	<b>PetKo</b>		08.5087.01
19.	Ausgabenbericht betreffend Stadion St. Jakob. Verbesserung des Angebotes an Veloabstellplätzen.	<b>UVEK</b>	BD	06.0880.02

20.	Ausgabenbericht betreffend Grossratsaal, Anpassung an die neuen Erfordernisse.	<b>Ratsbüro</b>	BD	07.1485.01
21.	Ratschlag betreffend klimaneutrale Verwaltung Basel-Stadt.	<b>UVEK</b>	BD	07.1825.01
22.	Ratschlag betreffend Zentrale Informatik-Dienststelle (ZID), Ersatz Informatik-Rechenzentrum und Standort ZID.	<b>BRK</b>	BD	05.0063.01
23.	Ratschlag und Entwurf betreffend Erlass eines Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (Familienzulagengesetz, FamZG) sowie Beantwortung dreier Anzüge.	<b>WAK</b>	WSD	08.0324.01/ 98.5986.05/ 07.5199.02/ 05.8375.03
24.	Ausgabenbericht betreffend Staatsbeiträge für die Jahre 2008 bis 2010 zur Beteiligung des Kantons Basel-Stadt am Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) / <i>Partnerschaftliches Geschäft</i>	<b>RegioKo</b>	JD	07.1853.01

#### An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

25.	Motion Alexander Gröflin und Konsorten betreffend Einbürgerung auf Probe			08.5090.01
26.	Anzüge:			
	a) Christoph Wydler und Konsorten betreffend Erhalt der Sternwarte und der Meteostation auf dem Bruderholz			08.5083.01
	b) Oswald Inglin und Konsorten betreffend Basler Geschichte für alle			08.5085.01
	c) Roland Engeler-Ohnemus und Konsorten betreffend Optimierung der Baselstrasse in Riehen Dorf			08.5086.01
	d) Alexander Gröflin und Konsorten betreffend Videoüberwachung sicherheitskritischer Plätze			08.5091.01
27.	Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Helmut Hersberger und Konsorten betreffend "Verwaltungsreform" und Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Bildung einer unabhängigen Kommission oder einer departements-übergreifenden Fachstelle für Stadtentwicklung.		JD	06.5265.02/ 05.8306.02

#### Kenntnisnahme

28.	Bericht der Begnadigungskommission über die Ablehnung eines Begnadigungsgesuches (Nr. 1676).	<b>BegnKo</b>		
29.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Anita Lachenmeier-Thüring und Konsorten betreffend Quartiersekretariat im St. Johann (stehen lassen).		ED	05.8462.02
30.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Rolf Stürm und Konsorten betreffend Sicherheit für Pharma-Probanten und Pharma-Forschung dank trinationalem Probanden-Register (stehen lassen).		GD	06.5018.02
31.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Patrick Hafner betreffend Durchsetzung Lotteriegeseztgebung im Kanton Basel-Stadt.		SiD	07.5361.02
32.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Dominique König-Lüdin betreffend Ergänzung des Trottoirs in der Gellertstrasse.		BD	07.5364.02
33.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Dominique König-Lüdin zur Verlegung des Weihnachtsmarkts.		SiD	07.5365.02
34.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Jörg Vitelli betreffend Tram- und Busspur auf dem Dorenbachviadukt.		SiD	07.5362.02
35.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Alexander Gröflin betreffend Auslastung von Altersheimen, Pflegeabteilungen und Alterswohnungen.		GD	07.5384.02
36.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Giovanni Orsini und Konsorten betreffend medizinische Arbeitsplatzuntersuchung für schichtdienstleistendes Staatspersonal auf eventuelle gesundheitliche Folgen (stehen lassen).		GD	95.8793.05

- |     |  |     |            |
|-----|--|-----|------------|
| 37. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Michael Wüthrich und Consorten betreffend Tempo 30 in der Hammerstrasse und dem Claragraben (stehen lassen).   | SiD | 05.8483.02 |
| 38. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christian Egeler und Consorten betreffend kostenneutrale Umsetzung des Verursacherprinzips zur Abdeckung des Defizits in der Abfallrechnung (stehen lassen). | BD  | 05.8345.02 |
| 39. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Jörg Vitelli betreffend Weiterverwendung der Trolleybusfahrleitungen.  | WSD | 07.5363.02 |

## Anhang B: Neue Vorstösse

### Motion

#### a) Motion betreffend Einbürgerung auf Probe

08.5090.01

Junge Ausländerinnen und Ausländer profitieren im Kanton Basel-Stadt von erleichterten Einbürgerungsbedingungen. Doch gerade durch frisch eingebürgerte Ausländer werden in zunehmendem Masse schwere Straftaten begangen.

Zurzeit fehlen die gesetzlichen Grundlagen, um für solche Straftäter die Einbürgerung wieder rückgängig zu machen.

Es sollte die Möglichkeit zu einer „Einbürgerung auf Probe“ geschaffen werden, damit im Bedarfsfall eine Einbürgerung rückgängig gemacht werden kann. Auch Junglenker im Strassenverkehr erhalten seit dem 1. Januar 2005 den Führerausweis nur noch auf Probe. Diese Massnahme trug wesentlich dazu bei, dass die Sicherheit im Strassenverkehr erhöht werden konnte.

Der Regierungsrat wird deshalb beauftragt, das Bürgerrechtsgesetz (BüRG) wie folgt zu ergänzen:

Bürgerrecht auf Probe (neu):

<sup>1</sup> Das Bürgerrecht an nicht in der Schweiz geborene Ausländer zwischen 16 und 23 Jahren wird auf Probe erteilt. Die Probezeit beträgt drei Jahre.

<sup>2</sup> Wird der Antragsteller des Bürgerrechts während der Probezeit nicht straffällig, so wird das Bürgerrecht nach Ablauf der Probezeit rechtskräftig.

<sup>3</sup> Wird der Antragsteller des Bürgerrechts während der Probezeit straffällig, so wird die Probezeit um fünf Jahre verlängert. Wird der Antragsteller wegen eines Verbrechens verurteilt, wird die Erteilung des Bürgerrechts rückgängig gemacht und der Gesuchsteller verwirkt sein Recht auf Einbürgerung.

Alexander Gröflin, Oskar Herzig, Andreas Ungricht, Tommy E. Frey, Lorenz Nägelin

### Anzüge

#### a) Anzug betreffend Erhalt der Sternwarte und der Meteostation auf dem Bruderholz

08.5083.01

Das parkähnliche Areal auf Binninger Boden und im Eigentum des Kantons Basel-Stadt dient seit 1928 diversen Organisationen als naturwissenschaftliches Beobachtungs- und Messgelände. Auf dem Gelände befindet sich das Kuppelgebäude des ehemaligen Astronomischen Instituts und drei Schutzhütten mit Teleskopen des Astronomischen Vereins Basel. Auf dem Messfeld, im Pavillon und auf dem Dach des Institutsgebäudes befinden sich zahlreiche Messgeräte des Meteorologischen Vereins der Region Basel sowie weiterer Institutionen (MeteoSchweiz, EMPA, Schweizerischer Erdbebendienst).

Seit 1956 bietet der Astronomische Verein Basel in ehrenamtlicher Arbeit mindestens einmal pro Woche bei klarer Sicht Beobachtungsabende an, an denen die Himmelsobjekte durch Fernrohre betrachten werden können. Dieses Angebot wird von ca. 1'000 Personen pro Jahr rege benützt, darunter auch von vielen Familien mit Kindern. Der Meteorologische Verein der Region Basel hat sich zum Ziel gesetzt, die älteste durchgehende Klimamessreihe der Schweiz (seit 1755) fortzuführen, nachdem das Lufthygieneamt beider Basel 2004 auf eine Weiterführung verzichten musste. Beide Vereine bieten Führungen für Gruppen und Schulklassen an.

Mit der Schliessung des Astronomischen Instituts der Universität per Ende 2007 ist die Zukunft der Sternwarte in Frage gestellt. Mit einer Schliessung des Beobachtungsgeländes auf dem Bruderholz würde ein in der Bevölkerung der Region sehr gut verankerter und populärer Beitrag zum Kulturleben der Region Basel verschwinden. Das Gelände ist für die öffentliche Sternwarte der Region und die Weiterführung der Wettermessreihe ideal geeignet, da es zentral in einem Naherholungsgebiet gelegen und auch mit dem öffentlichen Verkehr gut erreichbar ist.

Ich bitte den Regierungsrat - in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft und der Gemeinde Binningen - zu prüfen und zu berichten:

1. Wie der Erhalt des Geländes auf dem Bruderholz als Beobachtungs- und Messgelände in der bisherigen Form mit allen vorhandenen astronomischen und meteorologischen Beobachtungs- und Messeinrichtungen zur Weiterbenutzung durch die bisherigen Nutzer gewährleistet werden kann.
2. Ob das Beobachtungsgelände inklusive benötigte Räumlichkeiten (Kuppelgebäude, Teleskophütten, Pavillon mit Vortragsraum) dem Astronomischen Verein Basel und dem Meteorologischen Verein der Region Basel weiterhin zu günstigen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden kann.
3. Ob mit einem regelmässigen finanziellen Beitrag und einer Leistungsvereinbarung die Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit des Astronomischen Vereins Basel und die Fortsetzung der Messreihe von 1755 durch den Meteorologischen Verein der Region Basel, sowie der Unterhalt der Beobachtungs- und Messeinrichtungen ermöglicht wird.

(Ein gleich lautender parlamentarischer Vorstoss wird im Landrat des Kantons Basel-Landschaft eingereicht).

Christoph Wydler, Jürg Stöcklin, Heiner Vischer, Michael Wüthrich, Isabel Koellreuter,  
Oswald Inglin, Urs Joerg

#### b) Anzug betreffend Basler Geschichte für alle

08.5085.01
------------

Es tut sich was in Sachen Basler Geschichte, wenn auch etwas unkoordiniert. Absicht des vorliegenden Anzuges ist es, die politischen Vorstösse und die angedachten und bereits begonnenen Projekte wenn möglich unter einen Hut zu bringen, damit am Schluss ein Produkt herauskommt, das möglichst viele Bedürfnisse einer möglichst breiten Leserschaft befriedigen kann. Dabei geht es nicht darum, aufgegleiste Projekte zu stoppen oder gar nicht erst anzufangen. Es geht darum, dass Teile dieser Projekte in eine neue Basler Geschichte Eingang finden, die die Bedürfnisse eines geschichtlich interessierten, nicht unbedingt wissenschaftlichen Publikums und der Basler Schulen befriedigt.

Der Zeitpunkt einer solchen Initiative ist nicht nur aufgrund der publizistischen Aktivitäten und politischen Forderungen günstig. Es besteht auch die Chance, eine solche Basler Geschichte mit Anschauungsmaterial in der dritten Dimension zu koppeln. Die Anzugstellenden denken dabei an die notwendige Erneuerung des Hauses zum Kirschgarten, dessen Neukonzeption durchaus dem Aufbau und dem Inhalt eines solchen neuen Geschichtsbuches folgen könnte.

In Kürze: ein Joint Venture von privater Verlegerschaft, die zurzeit an einem historischen Atlas arbeitet, des Erziehungsdepartementes, das eben gerade Mittel für ein neues staatskundliches Buch gesprochen hat und des Historischen Museums Basel, das sich eher früher als später um das Haus zum Kirschgarten kümmern muss.

*Einige unangenehme Feststellungen voraus:*

Mit der Ablehnung einer umfassenden wissenschaftlichen Kantonsgeschichte für 8,8 Millionen Franken durch über 70% des Souveräns im Jahre 1991 sind die Chancen eines weiteren, grösseren Forschungsprojektes - zwischenzeitlich wohl in zweistelliger Millionenhöhe - vor dem Stimmvolk gering, auch wenn bei einem ein Blick auf die neue Kantonsgeschichte des Kantons Basel-Landschaft manch einem Basler Stimmbürger die sprichwörtliche Bescheidenheit im Hals stecken bleiben könnte. Zudem stellt sich die Frage, wer am Historischen Seminar der Uni ein solches Projekt in die Hand nehmen sollte und wollte, sind doch die letzten Basler bereits pensioniert oder werden dies bald.

Nicht zuletzt ist Basel jene Schweizer Stadt, die mit Abstand am meisten Bücher über sich selbst herausgibt. Und gleichzeitig ist Basel eine der wenigen Städte und somit auch Kantone, die kein repräsentatives und aktuelles Geschichtswerk vorzuweisen hat. Jede Menge kommerziell offensichtlich lohnender Monografien steht einer beinahe peinlichen Enthaltensamkeit der umfassenden historischen Aufarbeitung gegenüber.

Zu den Bedürfnissen im Einzelnen:

- Es fehlt eine aktuelle umfassende, aber trotzdem handliche Basler Geschichte. Die letzte vergleichbare Publikation ist 1988 in zweiter Auflage erschienen (René Teutebergs Basler Geschichte).
- Es fehlt ein schultaugliches Buch zur Basler Geschichte und Heimatkunde. Lehrerinnen und Lehrer müssen notgedrungen zu Fritz Meiers Basler Heimatgeschichte, 1974 in 5. Auflage erschienen, zurückgreifen, in der der Basler immer noch mit "Balair" und "Swissair" ab Basel fliegt.
- Es fehlt eine museumsbasierende Abhandlung zur Geschichte unserer Stadt. Der vielversprechende Versuch des Historischen Museums mit einem 2. Band einer Basler Stadtgeschichte von 1981 harret immer noch seinem Vorgängerband, der bis heute nicht erschienen ist.

Eine Momentaufnahme

- Im politischen Bereich wurde der Anzug betreffend Schaffung eines Lehrmittels zur Geschichte der trinationalen Region Basel von Roland Engeler vom Grossen Rat der Regierung im Februar überwiesen.
- Heute wurde der Anzug von Isabel Koellreuter betreffend einer neuen Basler Kantongeschichte überwiesen
- Im publizistischen Bereich arbeitet Eva Gschwind an einer Überarbeitung und Neuauflage von Pierre Felders "Der Kanton Basel-Stadt" von 1991.
- André Salvisberg arbeitet an einem historischen Atlas über unsere Stadt, den der Christoph Merian Verlag zu einer ganzen enzyklopädischen Reihe ausbauen möchte.

Beide Publikationen werden vom Kanton, wie zum Teil schon erwähnt, subventioniert.

Ich möchte deshalb die Regierung bitten zu prüfen und zu berichten,

- inwiefern die politisch angeregte umfassende Kantongeschichte und ein entsprechendes Lehrmittel synergetisch mit den bereits begonnenen und vom Kanton unterstützten Projekten zu einer handlichen Kantongeschichte für ein breiteres Publikum und den Schulgebrauch kombiniert werden könnte, und
- inwiefern eine allfällige Neukonzeption des Hauses zum Kirschgarten dieses in den Dienst einer solchen Basler Geschichte gestellt und begleitend zu einer entsprechenden Publikation ausgerichtet werden könnte.  
Oswald Inglin, Roland Engeler-Ohnemus, Isabel Koellreuter, Brigitta Gerber, Christoph Wydler, Gabriele Stutz-Kilcher, Stephan Gassmann, Pius Marrer, Marcel Rünzi, Helen Schai, Christian Egeler, Christine Heuss, Remo Gallacchi, Stephan Ebner, Doris Gysin, Maria Berger-Coenen, Lukas Engelberger, Elisabeth Ackermann, Rolf von Aarburg, Thomas Grossenbacher, Urs Joerg, André Weissen, Annemarie von Bidder, Stephan Maurer

**c) Anzug betreffend Optimierung der Baselstrasse in Riehen Dorf**

08.5086.01

Die Baselstrasse war früher wichtigster öffentlicher Raum, in dem sich in Riehen der geschäftliche Austausch und das gesellschaftliche Leben abgespielt haben. Auf Grund der hohen Verkehrsbelastung hat sich in den letzten Jahrzehnten das Geschäftszentrum in die Seitenstrassen verlagert. Mit der prognostizierten Verkehrsreduktion aufgrund der Zollfreien Strasse und den flankierenden Massnahmen in der Lörracherstrasse könnte die Baselstrasse als öffentlicher Raum wieder an Bedeutung gewinnen. Ein erster Beitrag dazu wurde mit der Sanierung und Umgestaltung der Baselstrasse im Abschnitt Schmiedgasse - Tramwendeschlaufe Riehen Dorf kürzlich geleistet.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob und wie auch mit der anstehenden Sanierung der Baselstrasse (Abschnitt Schmiedgasse - Bettingerstrasse) eine Aufwertung des Strassenraums erreicht werden kann. Dabei sollen auch innovative Ideen wie die z.B. in der Gemeinde Köniz realisierte Koexistenzzone geprüft werden.

Bei der Strassensanierung gilt es insbesondere folgende Punkte anzustreben:

- Optimierung des Strassenquerschnitts unter Berücksichtigung der Bedürfnisse sämtlicher Verkehrsteilnehmer/innen.
- Behebung der Engstellen im Trottoirbereich
- Ausbildung der Fahrbahn so, dass Velo und Tram ungehindert nebeneinander vorbeikommen und die Fussgänger/innen die Strasse besser queren können
- Direkte Einstiegsmöglichkeit an der Tramhaltestelle Riehen Dorf in beiden Fahrtrichtungen vom Trottoir aus
- Reduktion der Tempolimit

Roland Engeler-Ohnemus, Guido Vogel, Thomas Grossenbacher, Annemarie Pfeifer, Heinrich Ueberwasser, Michael Martig, Franziska Reinhard, André Weissen, Rolf von Aarburg

**d) Anzug betreffend Videoüberwachung sicherheitskritischer Plätze**

08.5091.01

Es ist unbestritten, dass Sachbeschädigungen, Personenübergriffe und andere unerwünschte Vorkommnisse zunehmen oder zugenommen haben.

Bauliche Massnahmen, wie stärkere Beleuchtung dunkler Orte, und soziale Massnahmen, wie Belebung des öffentlichen Raumes durch Restaurationsbetriebe, reichen oft nicht aus, um dem Schwund am Sicherheitsgefühl entgegen zu wirken. Personelle Massnahmen – vermehrte Polizeipatrouillen – sind bereits durch das Gesamtkonzept Optima der Basler Polizei in Betracht gezogen worden.

Mit einer passiven Videoüberwachung, wo die Daten nur im Falle eines Vorfalls ausgewertet werden, kann wesentlich zur Sicherheit im öffentlichen Raum beigetragen werden. So kann gegen jegliche Art von Kriminalität entgegengewirkt werden. Der präventive Nutzen der Videoüberwachung zur Eindämmung von unangebrachtem Verhalten ist unbestritten. So haben die Verkehrsbetriebe BVB und BLT längst Busse, Trams und Haltestellen mit Videoüberwachung ausgerüstet und durchwegs positive Erfahrungen machen dürfen. Deshalb bitte ich den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob eine passive Videoüberwachung an sicherheitskritischen Plätzen, insbesondere auf dem Messeplatz, eingeführt werden kann?

Alexander Gröflin, Tommy E. Frey, Lorenz Nägelin, Oskar Herzig

## Interpellationen

- a) **Interpellation Nr. 18 Was kostet die externe Überprüfung des Berichts "Zielerreichung per Ende 2007" des Wirteverbandes Basel-Stadt betreffend des "Verhaltenskodex für Restaurationsbetriebe zum Schutz nicht rauchender Gäste und Mitarbeiter"?**

08.5089.01

Bei der Behandlung des Geschäfts „Angebot für Nichtraucher im Gastwirtschaftsgewerbe“ (06.1045) kritisierte der Interpellant am 18.10.06 im Grossen Rat den Verhaltenskodex mit folgenden Worten: „Dieser Kodex ist unbrauchbar, weil er nicht nur einen teuren Erhebungsapparat, sondern auch eine staatliche Nachzählinstanz notwendig macht“.

In der Basler Zeitung vom 14.03.08 wird Thomas Steffen, Leiter der Abteilung Gesundheitsförderung und Prävention zitiert: „Neben der Selbstdeklaration der Wirte beruhen die Ergebnisse auf eigenen Einschätzungen des Verbandes. Das muss noch näher angesehen werden“. Er habe deshalb die private Beratungsfirma Advocacy damit beauftragt, die Zahlen zu analysieren. Die externe Einschätzung soll bis Mitte April vorliegen.

Der Interpellant ist über die Anordnung von Herrn Steffen nicht erstaunt und begrüsst sie ausdrücklich. Der Interpellant stellt dem Regierungsrat jedoch folgende Fragen:

1. Wer bezahlt den Auftrag an Advocacy?
2. Falls dieser Auftrag aus staatlichen Geldern finanziert wird, was kostet diese Überprüfung?
3. Gedenkt das Gesundheitsdepartement, diese Überprüfung jährlich zu wiederholen, da im Gastgewerbe eine hohe Betriebsfluktuation herrscht?

Rolf Stürm

- b) **Interpellation Nr. 19 betreffend Situation am Dreiländereck**

08.5094.01

Gemäss Medienberichten plant die Regierung den Verkauf der Basler Personenschiffahrtsgesellschaft (BPG) AG mit dem Restaurant „Dreiländereck“ sowie den 3 Fahrgastschiffen „Lällekönig“, „Basler Dybli“ und „Christoph Merian“. Eine öffentliche Einladung zur Anmeldung von Kaufinteressen wurde in der Tages- und Fachpresse publiziert. Offenbar haben Interessenten bis Mitte April 2008 Zeit ein verbindliches Angebot zu unterbreiten. Die Regierung beruft sich in diesem Zusammenhang auf die Finanzkommission, welche im Frühjahr 2006 angeregt habe, das defizitäre Unternehmen zu veräussern.

Von einem Verkauf des Restaurationsbetriebs Dreiländereck war im entsprechenden Bericht der Finanzkommission vom 13. April 2006 jedoch nicht die Rede. Die Finanzkommission hatte damals im Wesentlichen folgendes festgehalten:

- Die BPG soll den Restaurationsbetrieb Dreiländereck und das Gastronomieangebot auf Schiffen möglichst umgehend aufgeben.
- Eine staatliche Unterstützung des Schiffahrtbetriebes soll nurmehr für ein touristisches Grundangebot erfolgen (Stadtbesichtigungen auf dem Rhein). Soweit es um Gastronomie oder um Unterhaltungs- und Charterfahrten geht, soll auf eine Subventionierung verzichtet werden.
- Der Verkauf der BPG AG soll geprüft werden.
- Der Verkauf der im Besitz des Kantons stehenden Schiffe soll ebenfalls geprüft werden.

Vor diesem Hintergrund bittet der Unterzeichnete den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

- Wieso plant die Regierung den Verkauf des Restaurants Dreiländereck, obwohl im seinerzeitigen Bericht der Finanzkommission nicht die Rede davon war?
- Das Restaurant Dreiländereck ist gewissermassen die Galionsfigur unserer Stadt; erachtet es die Regierung nicht als problematisch, die Liegenschaft aus der Hand zu geben und sich damit andere Optionen zu verbauen?
- Wäre das Dreiländereck nicht der Ort für ein symbolträchtiges trinationales Projekt (beispielsweise im kulturellen Bereich)?

Marcel Rünzi

**c) Interpellation Nr. 20 betreffend Diskussion um die Zukunft des Kunstmuseums**

08.5095.01

Der kürzlich zurückgetretene Präsident der Kunstkommission, Dr. Alex Fischer, und Prof. René L. Frey, Mitglied der Kunstkommission, haben in einer Studie die gegenwärtige Situation des Kunstmuseums Basel analysiert: Sie zeigen darin die gegenwärtigen Schwierigkeiten auf und loten verschiedene rechtliche Formen für das Kunstmuseum aus. Erklärtes Ziel der Studie ist es, den betrieblichen Handlungsspielraum des Museums im Hinblick auf die zunehmenden Herausforderungen im internationalen Vergleich zu verbessern. Die Studie bringt die Idee einer Überführung des Kunstmuseums in eine gemeinnützige Stiftung (Betriebsgesellschaft) ins Spiel – bei Beibehaltung der Sammlung und der Immobilien im Besitz des Kantons, bei Abschluss eines Leistungsauftrags und bei Garantierung der Möglichkeit der Regierung, die Mehrheit der Mitglieder des Stiftungsrats zu bestimmen.

Die Existenz dieser Arbeit wurde den Parlamentarierinnen und Parlamentariern erst Ende Februar ds.Js. durch die Medien bekannt – zuvor wurde weder in der Bildungs- und Kulturkommission noch in anderen Gremien des Grossen Rates je eine Diskussion über den Inhalt dieser Studie geführt.

In einem Interview mit der Basler Zeitung vom 22. Februar 2008 hat Regierungsrat Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartements, die in dieser Studie aufgezeigten Möglichkeiten abgelehnt. Er wird zitiert: „Mir missfällt nicht die Idee als solche. Ich kam nur zum Schluss, dass wir damit im links-grünen Grossen Rat keine Chance hätten.“

Im gleichen Artikel der baz wird Prof. Dr. Leonhard Burckhardt, SP-Mitglied (!), ehemaliger Grossrats-Präsident und Präsident der Freunde des Kunstmuseums zitiert: „Ein derart grosses Museum muss einen grossen Handlungsspielraum haben, auch um an Drittmittel zu gelangen.“ Das Museumsgesetz, bei dessen Ausarbeitung Burckhardt selbst noch mitgewirkt hatte, gehe da „nicht weit genug“.

Als Parlamentarierin, die ebenfalls an der Ausarbeitung des Museumsgesetzes mitgewirkt hat, frage ich den Regierungsrat an:

1. Weshalb wurde (und wird) die o.g. Studie der politischen Diskussion entzogen?
2. Nach meiner Kenntnis wurden die Autoren vom Vorsteher des Erziehungsdepartements seit längerer Zeit zur Arbeit an dieser Studie ermuntert; ihren Vorschlägen wurde auch grosses Interesse entgegengebracht. Die letzte Fassung der Studie datiert vom 5.12.2006; die Diskussion über deren Inhalt wurde jedoch bis jetzt verhindert. Was sind die Gründe dafür?
3. Ist der Regierungsrat bereit, nunmehr die Diskussion über die Vor- und Nachteile des status quo und allfälliger neuer rechtlichen Formen des Kunstmuseums zu führen?

Gisela Traub

**d) Interpellation Nr. 21 Wie weiter mit der Geothermie?**

08.5097.01

Täglich verbrauchen wir Mengen an Energie: Gas, Erdöl, Benzin, Elektrizität, Atomkraft etc. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, uns vermehrt auf jene Energien zu konzentrieren, die in der Produktion und im Verbrauch CO<sub>2</sub>-frei sind. Wir nehmen Abstand von Gas-Kombikraftwerken und versuchen gleichzeitig, von der Atomkraft wegzukommen. Wir suchen nach alternativen, erneuerbaren Energiequellen wie Wind, Wasserkraft, Solarenergie, Biomasse - und vor allem Geothermie.

In der Geothermie schlummert ein riesiges Potenzial. Gleichzeitig haben wir keine Klarheit über deren seismologische Auswirkungen. Wir erinnern uns gut der Erdstösse in Basel (Richterskala bis 3,4), als beim „Deep Heat Mining“ nach den Tiefenbohrungen Wasser mit hohem Druck in den Boden gepresst wurde.



Nachdem es danach ruhig um das Thema geworden war, ist Geothermie jüngst wieder in die Schlagzeilen geraten. Allerdings ging es dabei vor allem um eine seltsam anmutende Anklage der Staatsanwaltschaft gegen den Geschäftsführer eines beteiligten Unternehmens sowie um die geplante Nachfrage des Regierungsrats beim Grossen Rat um finanzielle Mittel für die geplante Detailstudie über die Geothermie.

Gleichzeitig machen uns Riehen und weitere zwei Werke in der Metropolitanregion am Oberrhein (F-Soultz sous Forets und D-Landau) vor, wie Geothermie nutzbar ist. Das heisse Wasser aus dem Boden kann via Dampfturbinen für die Elektrizitätsproduktion verwendet und mit der Restwärme das Fernwärmenetz alimentiert werden.

Ich bitte deshalb den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Ist der Kanton Basel-Stadt weiterhin an der Nutzung von Erdwärme interessiert?
- Wie sieht die Regierung vor, bei der Nutzung von Erdwärme vorzugehen?
- Bestehen konkrete Vorstellungen, wie die geleisteten Vorinvestitionen in Kleinhüningen bestmöglich genutzt werden können?
- In welchen Zeiträumen sollen welche Phasen der Erdwärmenutzung vorgenommen werden?
- Werden parallel zur geplanten Detailstudie zum „Deep Heat Mining“-Projekt weitere Möglichkeiten zur Nutzung der Geothermie geprüft?
- Ist bei der vorgesehenen Auswertung seismologischer Daten aus Kleinhüningen ein Austausch der Daten mit Soultz und Landau vorgesehen?

Markus G. Ritter

**e) Interpellation Nr. 22 betreffend Informationsfluss ED via E-Mail**

08.5098.01
------------

Alle Mitarbeiterinnen des Lehrkörpers erhalten eine E-Mail-Adresse auf dem kantonalen Bildungsserver edubs.ch nach dem Muster vorname.name@edubs.ch. Mitteilungen vom Stab Schulen, wie zum Beispiel Information für Lehrerinnen und Lehrer, werden automatisch an diese E-Mail-Adresse geleitet und nicht mehr anderweitig verteilt. Diese E-Mail-Adressen werden aber auch zunehmend für die Kommunikation der Lehrkräfte untereinander benutzt, wobei davon ausgegangen wird, dass alle Mitarbeiterinnen diese E-Mails empfangen und lesen.

Die Problematik dabei ist, dass die Lehrerinnen diese E-Mail-Adresse erhalten unbesehen davon, ob sie überhaupt E-Mails empfangen können und, ob sie diese Adresse tatsächlich abfragen. Obwohl sie darüber informiert worden sind, wissen einige Lehrpersonen offenbar gar nicht von der Existenz dieser eigenen E-Mail-Adresse und damit von den eingegangenen E-Mails. Andere haben schlicht keine Infrastruktur für den Empfang von E-Mails und müssen sich selbst helfen. In Schulhäusern ist das Problem vielleicht weniger gravierend, aber betroffen sind auch die Kindergärtnerinnen, die weder über ein Lehrerzimmer verfügen noch im Kindergarten einen Computern stehen haben - und also eine entsprechende Infrastruktur gezwungenermassen privat zur Verfügung stellen müssten.

Aus diesem Grund bittet die Interpellantin um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Auf welche Art werden Lehrpersonen mit Informationen bedient?
2. Wie wird sichergestellt, dass alle Lehrpersonen an ihrem Arbeitsplatz Zugang zu einem Computer mit Internetempfang haben?
3. Werden Lehrpersonen entschädigt, die ihren privaten Computer für den Empfang von E-Mails zur Verfügung stellen, wenn am Arbeitsplatz keine Möglichkeit für den Empfang von E-Mails besteht?
4. Wie werden Lehrpersonen mit Informationen bedient, die weder am Arbeitsplatz noch zuhause über einen Computer mit Internetanschluss verfügen?

Sabine Suter

**f) Interpellation Nr. 23 betreffend Spitalfinanzierung nach der KVG-Revision**

08.5099.01
------------

Sowohl Nationalrat wie auch Ständerat haben in der Wintersession jenen Teil der KVG-Revision abgeschlossen, welcher die Spitalfinanzierung betrifft. Noch läuft zwar die Referendumsfrist, aber es sieht ganz danach aus, dass die beschlossenen Änderungen auf den 1.1.09 in Kraft treten können, wobei die leistungsbezogenen Pauschalen und die neuen Finanzierungsanteile der Kantone ja erst ab 1.1.12 definitiv eingeführt werden.

Diese bevorstehende Änderung in der nationalen Gesetzgebung wirft auch auf kantonaler Ebene einige Fragen auf,

für deren Beantwortung ich dem Regierungsrat sehr dankbar bin:

1. Die Spitalliste bleibt weiterhin zentrales Steuerungsinstrument der Kantone, werden doch vom Kanton nur Leistungen von öffentlichen oder privaten Listenspitälern vergütet: Sind bezüglich der Spitalliste Änderungen geplant?
2. Die bisherige Steuerung des Leistungsangebotes der privaten Spitäler durch konkrete Leistungsvereinbarungen dürfte mit der neuen Finanzierungsregelung schwierig werden: Wie kann der Kanton inskünftig die Angebotsmenge steuern? Muss eine grössere Belastung des Kantons erwartet werden? Ist mit einer Mengenausweitung zu rechnen?
3. Welche Auswirkungen hat die im geänderten KVG vorgesehene klarere Trennung zwischen Leistungserbringer (Spital) und Leistungsfinanzierer (Versicherungen, öffentliche Hand) bezüglich Organisation der Spitäler?
4. Wie gedenkt der Kanton, die vorgesehene Regelung umzusetzen, gemäss welcher der Kanton seinen Anteil direkt dem Spital entrichten muss? Ist der Kanton damit verpflichtet, den Kantonsanteil für alle Kantonsbewohner zu übernehmen, wenn sich diese in einem Listenspital behandeln lassen?

Michael Martig

**g) Interpellation Nr. 24 betreffend Überstunden von Basler Polizistinnen und Polizisten**

08.5100.01

Die höchste Aufgabe einer Gemeinschaft, ob Staat, Kanton oder Gemeinde, ist die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit. Der Bestand der Basler Polizei, insbesondere im Aussendienst, ist meiner Ansicht zu knapp berechnet und hat somit die Grenzen ihrer Belastbarkeit erreicht.

Ich ersuche den Regierungsrat die unten aufgeführten Fragen zu beantworten:

1. Kann die Kantonspolizei nach der Einführung OPTIMA mit ihrem heutigen Bestand die Sicherheit in unserem Kanton ohne fremde Unterstützung noch aufrechterhalten?
2. Kann die KAPO BS nicht entlastet werden, insbesondere bei speziellen Vorkommnissen wie zum Beispiel die Brandserie in Riehen, indem sie durch andere Polizeikorps oder durch das Grenzwachtkorps verstärkt werden.
3. a) Wie viele Überstunden haben die im Aussendienst beschäftigten Polizistinnen und Polizisten im Durchschnitt pro Person bis Ende März 2008?  
b) Mit wie viel Überstunden wird das Polizeikorps bis Ende EM 2008 belastet?
4. Ist es wahrscheinlich, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Polizeikorps diese Überstunden nicht als Freitage einziehen können und somit diese ausbezahlt werden müssten?
5. Wenn „JA“, werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einer höheren steuerlichen Mehrbelastung bestraft und wie gedenkt der Regierungsrat dies zu verhindern ?

Andreas Ungricht

**h) Interpellation Nr. 25 Der Villa Rosenau eine Chance geben!**

08.5101.01

Seit vier Jahren ist die Villa Rosenau durch alternative Wohnkultur belebt. Dies soll nun am 30. Juni 2008 zu Ende gehen. Die Villa Rosenau soll abgebrochen werden, weil dort im Niemandsland Grünflächenersatz für die Nordtangente geschaffen werden soll. Dabei wird das unmittelbare Land als Warteraum für Lastwagen benützt, welche in den Novartis-Campus Baumaterial liefern müssen. Wer die Villa Rosenau besucht, wird erleben, dass das Wohn- und Kulturhaus zurzeit wohl die einzige bestehende „Grün- „ resp. belebte Fläche ist. In den vergangenen Monaten wurde um einen Gebrauchsleihevertrag gerungen, mit welchem gewisse Modalitäten hätten geregelt werden sollen ohne, dass dadurch die Besetzung legalisiert worden wäre.

Hausbesetzungen sind zwar formalrechtlich illegal. Sie zeigen aber auf, dass sowohl Private wie auch der Kanton zu wenig unternehmen, um die Forderung nach Wohnraum für alle zu erfüllen. Häuser leerstehen zu lassen ist in Basel leider rechtlich zulässig, aus sozialpolitischer Sicht aber bedenklich. Die Rechtsprechung schützt hier einseitig die Eigentümer.

Als Interpellantin bin ich in Sorge, dass ohne Not ein 4-jähriges Projekt abgebrochen werden muss. Eine Grünfläche

anzulegen ist auch unter Beibehaltung der Villa Rosenau möglich. Abgesehen davon liegt die Villa Rosenau nicht in der Grünzone. Vorstellbar wäre auch eine teilweise Betreuung der Grünfläche durch die Bewohnerinnen.

Darf ich die Regierung bitten, mir folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist die Regierung auch der Meinung, dass alternativer Wohnraum in Basel kaum mehr vorhanden ist?
2. Eignet sich das Gebiet nicht ausgezeichnet für alternativen Wohn- und Kulturraum, weil dort Konflikte mit weiteren Bewohnergruppen praktisch ausgeschlossen sind?
3. Wie sind die genauen Eigentumsverhältnisse der Villa Rosenau?
4. Welcher Zone ist die Villa Rosenau zurzeit zugeordnet und welcher ab 1. Juli 2008? Muss eine Zonenplanänderung nicht vom Grossen Rat beschlossen werden?
5. Die neuen vertraglichen Verhältnisse zwischen Bund und Kantonen waren im Rahmen des NFA schon lange Zeit bekannt. Weshalb wurden die Bewohnerinnen der Villa Rosenau noch am 17. Januar 2008 aufgefordert, den vom Tiefbauamt bereits unterzeichneten Gebrauchsleihevertrag gegenzuzeichnen?
6. Wann läuft der Vertrag mit Novartis zur Benutzung des Areals als Lastwagenterminal für die Baustelle Novartis-Campus ab?
7. An Wochenenden wird dieses Areal auch als Parkplatz für Kunden des Casinos benützt. Wird diese Nutzung ebenfalls eingestellt?
8. Was ist konkret geplant an Grünflächen?
9. Wann beginnen die Bauarbeiten für die Grünflächen?
10. Ist geplant, das gesamte Areal ausschliesslich und ab sofort als Grünfläche zu gestalten, obwohl die Villa Rosenau nicht in der Grünzone liegt?
11. Unter welchen Bedingungen könnte die Regierung sich vorstellen, mit den Bewohnerinnen der Villa Rosenau doch einen neuen Gebrauchsleihevertrag zu unterzeichnen?

Patrizia Bernasconi

**i) Interpellation Nr. 26 betreffend Alterssiedlungen und Pflegeheimen**

08.5102.01

Erfahrungsgemäss müsste jeder 5. Pflegefall nicht ins Pflegeheim verschoben werden. Dies geschieht trotzdem, weil es zu wenig betreute Servicehäuser gibt. Denn nur 7 von 35 Alterssiedlungen bieten Dienstleistungen an, welche einen Übertritt in ein Pflegeheim überflüssig machen würden. Die Lebensqualität betagter Menschen würde erhalten bleiben; zudem wären die Kosten im Vergleich unverhältnismässig zum Pflegeheim geringer.

Bei den Personen, die zu Hause auf einen Pflegeplatz warten, hilft oft die Spitex aus. Doch gerade in der Spitex herrschen gravierende Missstände: es fehlt an qualifiziertem Pflegepersonal, viele Stellen sind frei, schlechte Arbeitsbedingungen und ein zu hoher Anteil an Administration- und Büropersonal; Der Dokumentationswahnsinn hat die Mitarbeitenden, gerade im Gesundheitswesen, fest im Griff.

Im Anschluss an meine schriftliche Anfrage betreffend Auslastung von Altersheimen, Pflegeabteilungen und Alterswohnungen bitte ich den Regierungsrat, um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hoch sind die Kosten durch die Ende Januar 2008 wartenden Personen zu Hause, in Passerelle-Stationen, Geriatrie- und Psychiatriespitäler und in Akutspitälern zu beziffern?
2. Was wird konkret unter dem Begriff „Pufferkapazität“ angesprochen? Bitte erläutern Sie den Begriff.
3. Warum werden in Alterssiedlungen nicht vermehrt Dienstleistungen (Weckdienst, Wäsche, Aufsicht, Notruf etc.) angeboten, obwohl dies schon seit vielen Jahren von der Basis gefordert wird (positives Beispiel ist das Servicehaus Vibrandishaus)?
4. Was gedenkt der Regierungsrat zu tun, um die freien Stellen bei der Spitex zu besetzen, damit die Qualität und der Auftrag (wie früher) erfüllt werden kann?

Alexander Gröflin

**j) Interpellation Nr. 27 Was verspricht man sich bei der Zusammenlegung von Literaturhaus und Literaturfestival?**

08.5103.01

Im Januar 2009 wollen die Vorstände des Literaturhauses und des Buch- und Literaturfestivals einen gemeinsamen Trägerverein gründen. Dem Vernehmen nach haben die beiden Vereinsvorstände wie auch die Vertreter der wichtigsten Geldgeber, d.h. das Ressort Kultur im Erziehungsdepartement und der Abteilung Kultur der Christoph Merian-Stiftung, seit letztem Sommer Gespräche über eine Bündelung der Kräfte geführt.

Ich bitte die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist eine Bündelung der Kräfte möglich, ohne Abbaumassnahmen, wie zum Beispiel Kündigungen beim Personal?
2. Ist dieser Zusammenschluss eine reine Sparaktion?
3. In den letzten drei Monaten wurden oder werden in drei Museen und ähnlichen Institutionen die Leitung ausgewechselt - Karikatur und Cartoon Museum, Museum Tinguely, Literaturhaus — ist dies ein neuer Kurs in der Kulturlandschaft Basel?
4. Wird das Literaturhaus oder der neu gegründete Verein eine Subventionerhöhung erhalten?
5. Bleibt die neu zu gründende Institution unabhängig?
6. Wie wird die Messe Schweiz bei der weiteren Planung von Veranstaltungen einbezogen werden?

Annemarie Pfister

**k) Interpellation Nr. 28 betreffend einer Anerkennungsprämie für das Kantonspersonal!**

08.5104.01

Schon wieder schliesst die Kantonsrechnung mit einem saftigen Überschuss von CHF 378'600'000 ab. Diese Überschüsse sind auch auf dem Rücken des Kantonspersonals zustande gekommen, denn im Rahmen der Abbaupakete AL I und II wurden 630 Stellen abgebaut und 2 Prozent Teuerung nicht ausgeglichen. Und jetzt soll das Kantonspersonal erneut leer ausgehen, denn der Stufenanstieg und der Teuerungsausgleich fliessen nach der Pensionskassenrevision in die Ausfinanzierung der Deckungslücke und verschwinden in Form von höheren Lohnabzügen. Für die meisten Mitarbeitenden ist das Jahr 2008 deshalb eine Nullrunde, wenn nicht gar eine Minusrunde! Und das in einem Jahr, wo man von ihnen erneut einen Extraeinsatz für die Euro 08 erwartet.

So geht das nicht! Jetzt muss die Basler Regierung als Arbeitgeberin endlich wieder einmal für ihr Personal schauen und ein Zeichen setzen! Die Löhne haben in den letzten 10 Jahren 10% ihrer Kaufkraft verloren, die Staatsquote wurde gesenkt und die Schulden wurden um weit über eine Milliarde reduziert. Die Produktivitätssteigerung der Personalleistungen ist enorm. Die gesamten staatlichen Leistungen wurden ausgebaut und diese werden von 1000 Personen weniger geleistet. Heute spricht selbst Regierungsrat Conti am Beispiel der Spitäler von einer ausgepressten Zitrone. Diese Äusserung hat er bereits vor dem Sonderaufwand für die Euro 08 gemacht.

Die finanzielle Entwicklung hat sich in den letzten 5 Jahren massiv verbessert. Der Handlungsspielraum hat sich für Regierung und Parlament erheblich vergrössert. Die Belastung der SteuerzahlerInnen konnte deutlich reduziert werden, ohne dass das qualifizierte und breite Grundangebot eingeschränkt werden musste.

Aus dieser Sicht des Kantonspersonals würde sich eigentlich eine Reallohnanpassung rechtfertigen. Ein Blick in die finanzielle Zukunft des Kantons ist nicht düster, aber doch von mehreren Unsicherheiten geprägt. Dies betrifft vor allem die Steuereinnahmen ab 2009. Das Kantonspersonal weiss, dass ein Staatshaushalt, der sich am Bruttosozialprodukt entwickelt, am ehesten verhindert, dass neue Sparpakete geschnürt werden müssen. Dass der Kanton dabei aber auch abhängig ist von Abzockern und Börsenspekulanten, macht das Personal wütend!

Bei CHF 378'600'000 Überschuss für das Jahr 2007 stellt sich für das Kantonspersonal die Frage, wie es für die guten Leistungen in den letzten Jahren und für den Zusatzeffort im Rahmen der Euro 08 honoriert wird. In der Privatindustrie wird in solchen Momenten ein Bonus bezahlt. Wir reden von einer Annerkennungsprämie. Dabei wissen wir, dass eine Anerkennungsprämie keine nachhaltige Massnahme ist, sie ist aber genau das, was es jetzt braucht: Ein Symbol der Annerkennung der Aufmunterung, denn ohne Personal geht nichts!

Darf ich die Regierung bitten, mir die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Ist die Regierung auch der Meinung, dass beim Personal in den letzten Jahren genug gespart wurde und die Zitrone jetzt ausgepresst ist?
2. Anerkennt die Regierung, dass das Personal einen wesentlichen Beitrag zur Sanierung der Kantonsfinanzen erbracht hat?

3. Bis wann ist der Entscheid zur Arbeitszeitverkürzung ab 2009 zu erwarten?
4. Anerkennt die Regierung, dass das Personal mit der Forderung nach einer Anerkennungsprämie Rücksicht nimmt auf die künftige Finanzentwicklung im Kanton?
5. Ist die Regierung bereit, allen kantonalen Angestellten 2008 eine Anerkennungsprämie von CHF 1'200 für ihre ausserordentliche Leistungen der letzten Jahre und den Zusatzeffort für die Euro 08 zu bezahlen?
6. Bis wann kann mit einem Entscheid zugunsten dieser Anerkennungsprämie gerechnet werden?

Urs Müller-Walz

## Schriftliche Anfragen

**a) Schriftliche Anfrage betreffend Pausenplatz des Voltaschulhauses**

08.5092.01

Der Pausenplatz des Voltaschulhauses ist bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen sehr beliebt. Bei wärmeren Temperaturen ist auf diesem Platz sehr viel los. Dies liegt auch daran, dass der Pausenhof „taktisch“ sehr gut gelegen ist und die Lichtverhältnisse dämmerig, daher aus der Sicht der Jungen „günstig“ sind.

Man kann die Zufahrt zur Wasserstrasse sehr gut überblicken und sich via den Durchgängen zur Müllhauserstrasse aus dem Staub machen. Aus diesem Grund sind die jungen Leute nicht immer motiviert, sich an gewisse Regeln zu halten. Die Probleme sind vielfältig: Einerseits kennt man dort das Problem des Litterings und des Nachtlärms. Andererseits wird auf dem Pausenplatz öfters uriniert und auch eine weitere Notdurft verrichtet. Dies ist sehr unangenehm, da der Platz mit Kiesel ausgelegt ist und diese menschliche Ausscheidungen schlecht weggespült werden können. In der warmen Jahreszeit kann man diese Ausscheidungen den ganzen Tag riechen. Viele Anwohnerinnen und Anwohner und auch der Abwart des Voltaschulhaus, Herr Bruno Petrig, wären sehr froh um eine Verbesserung der geschilderten Situation.

Ich bitte den Regierungsrat um Unterstützung, dass in dieser Situation die nötigen Massnahmen getroffen werden können.

Andreas Ungricht

**b) Schriftliche Anfrage betreffend der Sicherheit der Fussgänger in der Unterführung Schützengraben**

08.5118.01

Die Benützung des Schützengrabens von der Lyss zur Leimenstrasse ist für Fussgänger und die zahlreichen Schülerinnen und Schüler gefährlich, weil immer wieder Velofahrer unerlaubterweise diesen „Schleichweg“ befahren, um nicht vor dem Lichtsignal warten zu müssen. Nicht selten kommt es zu gefährlichen Situationen auch für Kinder, weil Velos mit z.T. hoher Geschwindigkeit die wenig übersichtliche Fussgänger-Passage befahren. Erst vor kurzer Zeit ist mit erheblichem Aufwand eine Lichtsignal-Anlage an der Leimenstrasse entfernt worden, um auch die Situation für den Veloverkehr zu verbessern. Offenbar hält dies aber zahlreiche Velofahrer nicht davon ab, diese andere Leute gefährdende Übertretung zu begehen.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass Velofahren in dieser Unterführung nicht erlaubt ist und Fussgänger gefährdet?
- Ist der Regierungsrat bereit, z.B. mit seitlich versetzten Abschränkungen in der Mitte der beiden Rampen - die aber von Rollstuhlfahrern und von Kinderwagen passiert werden können - zur Erhöhung der Sicherheit der Fussgänger beizutragen?
- Sieht der Regierungsrat andere Massnahmen, um die beschriebene Gefährdung zu unterbinden?

Heiner Vischer

**c) Schriftliche Anfrage betreffend Veloverkehr in der Spalen-Vorstadt**

08.5119.01

In der Spalen-Vorstadt dürfen Velos nicht vom Spalentor zur Schützenmattstrasse und zur Lyss fahren. Für diejenigen Velofahrer, welche diese Verkehrsregelung korrekt beachten, ergibt sich ein grösserer Umweg über zum Teil sehr verkehrsreiche Strassen. Die Möglichkeit für Velofahrer direkt vom Spalentor zur Lyss zu fahren wäre deshalb sehr zu begrüssen. Der geringe Abstand von den Tramgeleisen zum Trottoir besteht auch an anderen Orten (z.B. Theaterstrasse, St. Johans-Vorstadt) und wäre deshalb kein Hinderungsgrund.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Frage:

- Könnte im Zuge der Förderung und Erhöhung der Sicherheit des Veloverkehrs geprüft werden, ob eine Durchfahrt für den Veloverkehr vom Spalentor zur Lyss erlaubt werden kann?

Heiner Vischer

**d) Schriftliche Anfrage betreffend Zubringer zur Ecole française**

08.5121.01

Die Ecole française ist an der Engelgasse 103 domiziliert. Jeden Morgen bringen viele Eltern mit dem Auto ihre Kinder in diese Schule, abends holen sie sie wieder ab. Dies führt täglich dazu, dass auf Halteverbotslinien, auf dem Fussgängerstreifen oder in der Kurve auf der Fahrbahn angehalten und auch parkiert wird. Bei den Manövern zum Zu- oder Wegfahren entstehen nicht selten gefährliche Situationen für Kinder und Jugendliche und andere Fussgänger, welche dort die Strassen überqueren, um zu den diversen anderen Schulhäusern und zum Kindergarten zu gelangen. Besonders für kleine Kinder ergeben sich gefährliche Situationen, da diese keinen freien Zugang zum gegenüberliegenden Trottoir haben. Ebenso unhaltbar ist die Situation für die Velofahrer und die korrekt fahrenden Autofahrer, da die verboten parkierten Autos die Fahrbahn sehr verengen. Erschwert wird die Situation durch den zu Schulbeginn-Zeiten sehr regen Veloverkehr und den Bus, der regelmässig durch die Engelgasse fährt.

Ich bitte den Regierungsrat, die folgenden Fragen zu beantworten:

- Schätzt der Regierungsrat die aktuelle Situation auch als nicht gesetzeskonform und gefährlich ein?
- Besteht seitens des Regierungsrats Bereitschaft, zur Verbesserung der Situation beizutragen?
- Sind Lösungen denkbar, ohne das bestehende Parkplatzangebot zu reduzieren oder die zahlreichen Bewegungen bisher „Unbehelligten“ vors Haus zu verlagern?

Patricia von Falkenstein

**e) Schriftliche Anfrage betreffend Wanderungsbewegungen**

08.5127.01

In der Beantwortung der Interpellation betreffend Wanderungsbewegungen vom 5. September 2007 (07.5174.02) legte der Regierungsrat dar, dass Bevölkerungsgruppen mit einem überdurchschnittlichen Einkommen aus Basel wegziehen. Schlussbemerkung: "Es ist daher wenig überraschend, dass ihr Wegzug in der Steuerstatistik Spuren hinterlässt".

Leider wurden in der Tabelle 1 "Bestand und Wanderung von Steuerpflichtigen nach Einkommensklassen" nur die Steuerjahre 2001 bis und mit 2004 aufgeführt.

Ich bitte daher die Regierung, die betreffende Tabelle mit den Daten der Jahre 2005 und 2006 sowie dem neuen Total (2001 - 2006) zu ergänzen und damit diese Schriftliche Anfrage zu beantworten.

Sebastian Frehner

**f) Schriftliche Anfrage betreffend Basel verliert den Mittelstand**

08.5128.01

In den Jahren 2001 bis 2004 hat die baselstädtische Bevölkerung mit einem Reineinkommen zwischen CHF 75'000 und CHF 200'000 (Bruttoeinkommen minus AHV und private Altersvorsorge) um 1'182 Steuerpflichtige abgenommen. Zugenommen hat hingegen die Bevölkerung mit einem Reineinkommen bis maximal CHF 50'000 und zwar um 1'164 Steuerpflichtige. (Datenquelle: Beantwortung der Interpellation Nr. 54 vom 4. Sept. 2007 [07.5174.02]). Leider wurde anlässlich der längst fälligen Steuerreduktion der staatstragende und steuerkräftige

Mittelstand in ungenügender Masse berücksichtigt.

Ich bitte den Regierungsrat um folgende Informationen:

1. Steuerbelastungsvergleiche von Basel (BS) und der Gemeinde Binningen (BL) für folgende Nettoeinkommensklassen und Haushalts-Kategorien:

CHF 75'000

CHF 80'000

CHF 90'000

CHF 100'000

CHF 125'000

CHF 150'000

CHF 200'000 für

Haushalte ohne Kinder:

- Einzelperson, erwerbstätig
- Rentner, alleinstehend, nicht erwerbstätig
- Rentnerhepaar, nicht erwerbstätig
- Ehepaar, beide Gatten erwerbstätig
- Ehepaar, nur ein Gatte erwerbstätig

sowie für

Haushalte mit 2 Kindern:

- Alleinerziehende Einzelperson erwerbstätig
- Ehepaar, beide Gatten erwerbstätig
- Ehepaar, nur ein Gatte erwerbstätig
- Konkubinatspaar, beide Partner erwerbstätig

Zur Erhöhung der Transparenz und Vergleichbarkeit bitte ich die Regierung, die 7 Einkommensklassen in den 9 Haushaltskategorien für Basel (BS) und für Binningen (BL) wie folgt zu strukturieren:

- Reineinkommen
- Normabzüge
- Steuerbares Einkommen
- Steuerbelastung

2. Zusätzliche Information für Basel-Stadt:

Ich bitte die Regierung um Angabe des kumulierten Steueraufkommens der 6 aufgeführten Einkommensklassen (CHF 75'000 - CHF 200'000 Reineinkommen) und dies für jede der 9 Haushaltskategorien. Zum Vergleich bitte ich ferner um Angabe des totalen Steueraufkommens.

Sebastian Frehner

**g) Schriftliche Anfrage betreffend Rotlicht- und Geschwindigkeitsmessungsanlage Riehen Niederholz**

08.5136.01

An der Aeusseren Baselstrasse in Riehen befindet sich auf der Höhe der Tramhaltestelle Niederholzboden ein Fussgängerübergang, der mit einem Fussgängerstreifen und einem Rotlicht abgesichert ist. Leider halten sich nicht alle AutomobilistInnen auf der Aeusseren Baselstrasse an das Rotlicht und überfahren dieses teilweise mit überhöhter Geschwindigkeit. Dies führt zu einer Gefährdung der die Strasse querenden FussgängerInnen, darunter zahlreicher Kinder auf ihrem Weg zur Schule oder zum Kindergarten.

Ich frage die Regierung deshalb an, ob sie bereit ist, als Präventionsmassnahme zur Erhöhung der Verkehrssicherheit an diesem Fussgängerübergang über die Aeusseren Baselstrasse zusätzlich eine Rotlicht- und Geschwindigkeitsmessungsanlage aufzustellen.

Weiter frage ich den Regierungsrat an, welche weiteren Standorte er auf dem Kantonsgebiet zum Aufstellen solcher Anlagen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit als geeignet erachtet (vgl. vorgezogenes Budgetpostulat G. Vogel).

Roland Engeler-Ohnemus